

## : Thesen zur Europa-Krise<sup>1</sup>

### I. Vorbemerkung

Ein Kommentar von Martin Winter in der SZ vom 29./30.06. 2006 ist geeignet das ganze Elend der herrschenden Politik angesichts der Europa-Krise sichtbar zu machen. unter dem Titel „Abschied von den Sternen“ fordert er einen „neuen europapolitischen Realismus“, Die Kernargumentation lautet:

In der Europakrise „geht es um die Existenz“. Sie „reicht weit über ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Kern hinaus“. Es geht nicht mehr „unausweichlich immer weiter in Richtung Bundesstaat“. „Die Nationalstaaten sind stärker als geglaubt“. „Sie haben immer weniger Lust, Brüssel mehr Macht und mehr Zuständigkeiten abzugeben.“

„Die gemeinschaftliche Basis ist dünn“. „Sie reicht gerade so aus für Notoperationen am Währungssystem.“ Auch Merkel hofft nicht mehr darauf, „den Schub der Krise für Veränderungen“ zu nutzen.

Mehr Zentralisierung von Macht wäre auch „eine falsche Sicht“- denn „die Europäer sind noch lange nicht bereit, sich zu einem staatsähnlichen Gebilde zu vereinigen, und „eine genuin europäische Außen- und Sicherheitspolitik gibt es nicht“.

Die Interessen der Mitgliedsstaaten sind zu verschieden. „14 Jahre hat man für eine gemeinsame Asylpolitik gebraucht. Wie lange würde man wohl für eine gemeinsame europäische Arbeits- und Sozialpolitik benötigen“? Die „Lebens- und Geschäftsmodelle von Finnland bis Zypern“ lassen sich nicht auf eine gemeinsame Formel bringen. Es bleibt bei der Konzentration auf strukturelle Wirtschaftsprobleme. Mit dem, sicher nicht perfekten, Vertrag von Lissabon lassen sich immerhin „die Geschäfte der EU regeln“. Ihn in diesen Krisenzeiten „zur Disposition zu stellen, „öffnet den Weg ins Desaster. Großbritannien geht er ja schon zu weit.

Veränderungen durch die Krise, das sind Machtgewinn des Europäischen Rates. Also die nationalen Regierungschefs entscheiden. Allerdings: man darf sich auch“ nach der Phase der Konsolidierung nicht zurücklehnen“. Man bräuchte einen „allgemeinen europäischen Kongress“ um „über das wünschbare im Lichte des Möglichen“ zu reden“.

Mit anderen Worten heißt dies:

Das Angehen der strukturellen wirtschaftlichen Probleme im Rahmen der (neoliberalen) Grundüberzeugungen Zielsetzungen der Verträge von Lissabon waren vor dem Hintergrund je nationaler Interessendivergenzen in der EU die politische Kunst des

---

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Thesen wurden zur Vorbereitung auf einen Europa-Workshop des FNPA am 15.08. 2013 geschrieben.

Möglichen. Die Nationalstaaten – Deutschland vorne weg – haben nach Kräften ihre eigenen – wirtschaftlichen, nach neoliberalen Verständnis geprägten - Interessen verfolgt. Das sind, für den Kommentator offenbar alternativlose, „Notoperationen“ und Maßnahmen der „Konzentration auf strukturelle Wirtschaftsprobleme“.

Leider sind die Bürger Europas „noch lange nicht“ bereit, „sich zu einem staatsähnlichen Gebilde zu vereinigen“. Geht es hier etwa nur um den Faktor Zeit? Kein Wort dazu, wie sie das werden könnten, was ihnen Europa dazu an Aussichten bieten müsste: Vor allem arbeits- und sozialpolitisch, dann auch außen- und sicherheitspolitisch!! Und weshalb in Bezug auf die Europa-Krise die „Phase der Konsolidierung“ erreicht ist, bleibt das Geheimnis des Kommentators, und wie da ein europäischer Kongress in solchen „TINA-Zeiten“ ein „Licht des Möglichen“ entzünden soll, bleibt für den Leser des Kommentars schlicht ein Mysterium.

Dem „Abschied von den Sternen“ ist hier zunächst einmal der Abschied von jeglichem kritischen Denken des Kommentators in Bezug auf den finanz- und wirtschaftspolitischen strukturellen Kern der Europa-Krise vorausgegangen. Und das gilt so nahezu durchgängig für die mediale Berichterstattung. Die folgenden Thesen wenden sich also auch gegen diese Verabschiedung kritischen Denkens.

## II. Thesen zur Europa-Krise

1. **Wir erleben derzeit immer noch den „Triumph gescheiterter Ideen“<sup>2</sup>. In Europa wird weiterhin die bislang herrschende Austeritätspolitik fortgesetzt, auch wenn ihren Protagonisten wohl dämmern mag, dass sie damit nur Zeit kaufen und Europa letztlich „vor die Wand fahren“ werden:** ökonomisch und dann eben auch hinsichtlich des Festhaltens an der aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges heraus entstandenen Europaidee. Insofern auch die im Politikbetrieb etablierten Oppositionsparteien im Wesentlichen nur mehr oder weniger begrenzte Modifikationen der Grundlinien dieser Politik ins Auge fassen, ist die Lage aus dem Blickwinkel wirklicher linker Alternativen zutiefst unbefriedigend – und zugleich beunruhigend. Was sich abzeichnet ist so nämlich: (1) die weiterte Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungsprozesse in und zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, (2) ein sich weiter fortsetzender ökonomischer Niedergang, (3) ein „Ausfransen“ der EU im Süden und (4) eine weiter zunehmende außenpolitische Schwächung der EU, die dann letztlich nur Optionen im Fahrwasser geopolitischer Entscheidungen der Großmächte mit vollziehen können wird – und will.

---

<sup>2</sup> Lehdorff, S.(Hg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt - Zehn Länderfallstudien, Hamburg 2012

2. **Die FNPA-Jahrestagung 2013<sup>3</sup> hat im Blick auf die bisherigen Folgen der neoliberalen TINA-Politik in den Staaten der südeuropäischen Peripherie ein erschreckendes Maß an Handlungsunfähigkeit gezeigt - nicht nur der sozialdemokratisch/sozialistischen Parteien sondern auch der Gewerkschaften.** Dabei erklärt sich die Handlungsunfähigkeit der Gewerkschaften wesentlich daraus, dass sie bis zuletzt den sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien bei deren hilflosen Versuchen, die neoliberale TINA-Politik in ihren Wirkungen wenigstens zu mildern, die Stange gehalten haben und deshalb nun von den Menschen sozusagen in Mithaftung für das so heraufbeschworene Elend genommen werden. Hinzu kommt, dass ihre Bereitschaft, oder auch Fähigkeit augenscheinlich begrenzt ist, den Kernbereich gewerkschaftlichen Interessenhandelns – für den die Grundlagen in den südeuropäischen Ländern weitgehend zerstört sind – arbeitspolitisch zu erweitern. Zugleich ist dort aber auch die Desillusionierung hinsichtlich der nun herrschenden konservativen Parteien erheblich vorangeschritten, und es entwickeln sich unterschiedlichste neue Formen von Widerstand.
3. **In Deutschland als der europäischen Hegemonialmacht stehen die Zeichen auf Fortsetzung des neoliberalen Kurses. Die Schwäche von Rot-Grün liegt vor allem darin begründet, dass sie Mehrheiten ungebrochen in der Mitte der Gesellschaft suchen und keinerlei überzeugende Alternative für ein neues/anderes europäisches Projekt anbieten können.** Dass es in Deutschland im Herbst 2013 einen Lagerwahlkampf gebe, ist ein Medienmärchen. Gleichwohl böte eine rot-grüne Mehrheit für die Zukunft natürlich verbesserte Handlungsmöglichkeiten für linke Politik. Und auch für unsere Gewerkschaften gilt: sie schaffen es zwar, Fragen sozialer Gerechtigkeit im politischen Diskurs stärker zur Geltung zu bringen, aber es gelingt ihnen nicht, Europa offensiv zu einem Thema zu machen – etwa auf der Linie des von ihnen geforderten Marshallplans für Europa.<sup>4</sup> Die Beschlusslage ist gut. Eine ihr entsprechende Mobilisierung stößt hingegen auf sehr enge Grenzen.
4. **Auf Seiten der Linken hat sich die Europa-Debatte in jüngster Zeit intensiviert.<sup>5</sup> Europapolitisch werden auf Seiten der Linken derzeit zwei denkbare Optionen gegen das „Weiter-so“ der herrschenden neoliberalen TINA-Politik diskutiert.** Das ist (1) Die Forderung nach einem Ausstieg aus der Währungsunion mit dem Ziel der je nationalstaatlichen Verteidigung der Reste des alten Wohlfahrtsstaates in Form einer geordneten Rücknahme des Euro (Lafontaine)<sup>6</sup>. Dies ist eine Position, aus der Unmöglichkeit einer koordinierten

---

<sup>3</sup> FNPA-Jahrestagung 2013: „Ökonomische und politische Krise in Europa – Chancen für ein soziales und demokratisches Europa“, Berlin 01./02. 02. 2013; [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de).

<sup>4</sup> Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin, Dezember 2012

<sup>5</sup> Vgl. H. Bierbaum: Die Linke und Europa; in: Sozialismus 6/2013, S:10-13.

<sup>6</sup> O. Lafontaine: Wir brauchen wieder ein europäisches Währungssystem, [www.oskarlafontaine.de](http://www.oskarlafontaine.de)

europäischen Lohnpolitik gefolgert wird und u. a. die Argumentationsfigur von W. Streeck<sup>7</sup> aufnimmt, der aber auch ähnliche Optionen auf Seiten der politischen Rechten entsprechen, Und das ist (2) die Forderung Europa und die Europaidee als redemokratisierte Transferunion und Arena für einen grünen New Deal neu zu erfinden, eine Position, die z.B. die Redaktion des Sozialismus einnimmt<sup>8</sup>, die von Teilen der Linken (und auch bei grünen Europapolitikern) gestützt wird, oder auch, im Kontext der französischen Debatte von E. Balibar<sup>9</sup>, und die nach meinem Urteil auch am ehesten dem Tenor der Debatten auf der letzten Jahrestagung des FNPA entspricht.

- 5. Mein Haupteinwand gegen die erste der beiden Positionen wäre gar nicht einmal, dass ein solcher Schritt als erster Schritt zu einer Aufgabe des Nachkriegsprojekts Europa verstanden werden könnte<sup>10</sup>, was zweifellos eine große Gefahr ist. Er lautet vielmehr, dass sie insofern eine letztlich aussichtslose Defensivposition ist, als sie keinerlei Antwort auf die „große Krise“ bietet, der wir uns heute – ganz den Keyneschen Langfristprognosen entsprechend - gegenübersehen. Und dieser Einwand scheint mir schlagend zu sein.** Ein zentrales Gegenargument von Befürwortern der ersten Position lautet hier ja, dass man sich für das derzeitige Elitenprojekt Europa<sup>11</sup> keine tragfähige demokratische Alternative vorstellen könne.<sup>12</sup>Es ist ernst zu nehmen; aber dagegen ist zu sagen, dass es im Kern resignativ ist. In allen bisherigen großen Krisen des demokratischen Projekts der Moderne war die zukunftsweisende Perspektive immer die einer stetig weiter fortschreitenden Demokratisierung. Und diese verweist immer auch zurück auf radikaldemokratische Ansätze, die dem demokratischen Projekt der Moderne seit seinen Anfängen in der amerikanischen und französischen Revolution zu Eigen waren.<sup>13</sup>

---

30.04.2013, vgl. auch: J. Bischoff, B. Radke: „EU: Neoliberales Durchwursteln oder Rückkehr zu nationalen Ökonomien?, in Sozialismus 6/2013, S. 4.

<sup>7</sup> W. Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin 2013,. Ders.: Der Euro ruiniert die Peripherie, Im Gespräch mit Wolfgang Streeck über die Dominanz der Deutschen, den Ausstieg aus der Währungsunion und seinen Streit mit Jürgen Habermas, in: „der Freitag“, Nr. 23, 6. Juni 2013, S. 5

<sup>8</sup>Bischoff/Radke, a .a. O. S. 2-7

<sup>9</sup>E. Balibar: „Für eine Neugründung Europas. Systemkrise: Wirtschaftliche Ungleichheit und Nationalismus sind die größten Gefahren für Europa. Nur die Bürger selbst können das Projekt retten“, in: „der Freitag“, Nr. 23, 6. Juni 2013, Beilage

<sup>10</sup> Vgl. dazu E. Altvater: Der politische Euro, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2013

<sup>11</sup> Vgl. H. M. Enzensberger: Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin 2011

<sup>12</sup> So die Argumentation von W. Streeck im Gespräch in der Freitag Nr., 23, 6. Juni 2013, S. 5.

<sup>13</sup> Martens, H. Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: Gegenblende, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblende.de>

6. **„Realpolitisch“ ist gegenwärtig im Übrigen für beide eben kurz umrissenen Positionen hierzulande nicht zu erkennen, dass sie absehbar – also nicht nur kurzfristig im Hinblick auf die Bundestagswahl – im Kampf um neue politische Mehrheiten relevant werden könnten. Die Bundesrepublik ist also – so betrüblich das ist – immer noch „Merkel-Land“.** Weil das aber so ist, kann für einen alternativen Entwurf dagegen auch nicht entscheidend sein, welche Position vermeintlich „realpolitisch“ aussichtsreicher ist. Vielmehr kommt es entscheidend darauf an, welche Position überhaupt auf eine wirkliche Alternative zum Neoliberalen muddling-through, und in diesem Sinne auf vorwärtsgerichtete alternative Lösungsschritte zielt. Nur eine solche Position kann im Übrigen auf Dauer, also bei sich absehbar weiter zuspitzender Krisenentwicklung mobilisierungsfähig sein.
7. **Ein Hauptproblem liegt in Deutschland darin, dass niemand im politischen Diskurs (etablierte Parteien des Politikbetriebs, Medien, Unternehmer(Verbände) und Gewerkschaften - sofern letztere darin überhaupt noch ernstlich als gleichberechtigter Diskussionspartner vorkommen) so etwas wie einen hinreichend radikalen Alternativentwurf einer Europapolitik ins Spiel bringt – oder bringen will oder kann.** Ein solcher Entwurf müsste zumindest die drei unterschiedlichen Dimensionen von ökonomischer, ökologischer und politischer Krise in einem auf nachhaltige Entwicklungen hin angelegten, unterschiedliche Handlungsansätze integrierenden Konzept zusammen bringen.<sup>14</sup> Die Frage ist mit anderen Worten, weshalb etwa Überlegungen, wie sie J. K. Galbraith schon 2011 im Rückgriff auf die amerikanischen Erfahrungen mit dem alten New Deal als Herausforderungen für eine zukunftsfähige europäische Politik heute formuliert hat<sup>15</sup>, im offiziellen Getriebe von Politik und medial hergestellter Wirklichkeit so gar keine Rolle spielen.
8. **Meine zentrale These hierzu lautet: die etablierten Parteien und die Medien sind zutiefst befangen in einem alten institutionellen Denken, und dieses selbst ist in seinem Kern auf vermeintlich unüberschreitbare Grenzen repräsentativer Demokratie und Repräsentation des Demos durch politische Eliten fixiert. Es bewegt sich insofern in einer Art „Gefangenendilemma“ aus der es radikaldemokratisch befreit werden müsste.** Für die erklärten Protagonisten des herrschenden neoliberalen Politikbetriebs dürfte darüber hinaus die Maxime gelten, den Anfängen zu wehren. Jede Aufweichung der strikten Restaurationspolitik birgt aus dieser Sicht die Gefahr unabsehbarer Weiterungen.

---

<sup>14</sup> Zur Argumentation in den folgenden Thesen vgl. H. Martens: Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell, Aufsatzmanuskript, Dortmund, 2013 sowie: ders: Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Im Angesicht der neuen multiplen „Großen Krise“: Hannah Arendt, Norbert Elias und Michel Foucault zusammen- und weiterdenken (Manuskript), Dortmund (Buchveröffentlichung in Vorbereitung).

<sup>15</sup> J. K. Galbraith: Warum wir einen grünen New Deal brauchen, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik (Hg.): Exit: Mit links aus der Krise, Berlin, S. 109-117

9. Man muss heute insbesondere vor diesem Hintergrund im Blick auf den herrschenden Politikbetrieb einschließlich seiner medialen Flankierung von Elitenversagen sprechen; aber man muss sich auch eingestehen, dass es darauf keine wohlfeilen Antworten gibt. **Jeder Versuch einer radikaldemokratischen Erweiterung unserer repräsentativen Demokratie – also nicht zu einer radikalen, etwa rätedemokratischen Alternative – ist risikobehaftet. Aber er ist zugleich unausweichlich, weil die Entwicklung ökonomischer und ökologischer Alternativen in einer Perspektive der Nachhaltigkeit das „Selbertun“ der Menge der Vielen, die Mobilisierung des Wissens der sogenannten „modernen WissensarbeiterInnen“ erfordert.** Bezogen auf unsere gegenwärtige Lage gilt also, dass wir für die Entfaltung von Konzepten gesellschaftlicher Transformation zwar des Wissens unserer Eliten bedürfen; vor allem aber benötigen wir – neben einer neuen ordnungspolitischen Rahmensetzung für entfesselte Märkte - ganz sicher einer wirklichen Entfesselung des Wissens der zu unternehmerisch mitdenkenden „Arbeitskraftunternehmer“ hochgejubelten Menschen. Jeglicher Transformationsprozess wird deshalb auch auf eine sukzessive Abschwächung der Unterschiede zwischen „Eliten“ und „Massen“ hinauslaufen müssen.

10. **Im Blick auf eine für die Arbeit des FNPA zentrale „neue Politik der Arbeit“ sind in diesem Zusammenhang Überlegungen im Hinblick auf eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft im Sinne einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ von besonderer Bedeutung.** Dabei darf man zweierlei nicht übersehen: Bei entsprechenden Überlegungen geht es (1) nicht um eine Art „Königsweg“ aus den Dilemmata ökonomischer, ökologischer und politischer Krisenentwicklungen, denen wir uns heute gegenübersehen, sondern nur um einen für das Beschreiten von wirklichen Lösungswegen wichtigen Beitrag. Demokratisierung ist in allen Lebensbereichen erforderlich, Aber sie setzt voraus, dass den Menschen - die hinsichtlich der Qualifizierung/Entfaltung ihrer Arbeitsvermögen noch nie in der Geschichte der Moderne über bessere Voraussetzungen für einen solchen Demokratisierungsprozess verfügt haben - entsprechende zeitlich-sachliche Spielräume zur Verfügung stehen. (2) die Gewerkschaften wären für die Entfaltung entsprechender Demokratisierungsprozesse ein herausgehoben wichtiger Akteur. Sie können dazu aber nicht einfach auf alte Konzepte zurückgreifen, sondern sie müssen Wirtschaftsdemokratie „neu denken“. Und sie müssen sich - wenn richtig ist, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft ohne eine Demokratisierung der Arbeit nicht zu haben sein wird<sup>16</sup> - erst noch selbst aus ihrem eigenen „Gefangenendilemma“ befreien, wenn sie zu überzeugenden Protagonisten entsprechender Entwicklungen werden wollen.

---

<sup>16</sup> Vgl. W. Fricke, H.- Wagner (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 2012

**11. Neben den Organisationen, die – wie die Gewerkschaften – aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung erwachsen sind, entstehen derzeit neue soziale Bewegungen. Die Jahre 2011ff sind in dieser Hinsicht nur mit den Zeiträumen von 1968ff und, in Osteuropa, 1989ff zu vergleichen.** Diese Bewegungen entwickeln sich unter den Bedingungen von Social Media. Bedeutsam für die rasche Entfaltung von Protest wird deren katalytische Funktion: Kennzeichnend sind Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Man kann über die Netze mächtig werden, und Macht definiert sich neu.<sup>17</sup> Große Probleme liegen andererseits darin, dass (1) aus solchen Bewegungen heraus die Entfaltung dauerhaft stabiler Strukturen noch kaum zu erkennen ist, (2) sich neue soziale Bewegungen und die Organisationen der alten, vergangenen sozialen Bewegungen vielfach noch nebeneinander her bewegen und (3) die herrschende Politik (nicht nur auf dem Taksim-Platz, sondern auch hierzulande) erkennbar beunruhigt und eher rigide auf solche Bewegungen reagiert.

**12. Die Anlässe, an denen sich solche Bewegungen entzünden und dann zu Ereignissen führen können, die wirkliche Eingriffspunkte für politisches Handeln eröffnen können, sind im Voraus nicht absehbar. Aber es sind solche Ereignisse, die unsere gesellschaftliche Wirklichkeit verändern, nicht Ideen oder Programmatiken.** Mit einer Anleihe an die Chaostheorie könnte man auch formulieren: Die wirtschaftliche und politische ‚Großwetterlage‘ ist zwar zunehmend so, dass aus dem Flug eines Schmetterlings ein Orkan werden kann, aber welcher Schmetterling da gerade wo fliegt und dann entsprechende Wirkungen erzeugt, ist zuvor kaum absehbar (siehe zuletzt Brasilien oder auch die Türkei). Für eine Linke auf Befreiung zielende Politik kommt es also – in diesem Bild bleibend - darauf an, alles zu tun, um auf die Ereignisse, die die derzeitige ‚Großwetterlage‘ weiterhin erwarten lässt, vorbereitet zu sein und dementsprechend aus solchen Ereignissen heraus das eigene Schiff seetüchtig halten und auf Kurs bringen zu können.

---

<sup>17</sup> Vgl. R. Roth: Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal (neue) soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31